



F r e i e H a n s e s t a d t B r e m e n

**Rede des Präsidenten des Senats,
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte,
anlässlich der Debatte zum Entwurf eines
Haushaltsfinanzierungsgesetzes des Bundes**

**in der 1036. Sitzung des Bundesrates
am 29. September 2023**



Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Die öffentlichen Haushalte nach Jahren der multiplen Krisen wieder auf den Pfad des Normalzustandes zu bringen, ist mit enormen Anstrengungen verbunden. Das gilt für die Kommunen und die Länder genauso wie für den Bund.

Und ich möchte betonen, dass ich das Ziel der Konsolidierung sowohl auf der **Ausgaben**- als auch auf der **Einnahmen**-Seite ausdrücklich teile. Wir müssen auch haushalterisch aus dem Krisenmodus herauskommen.

Richtig ist aber auch, dass wir uns noch nicht wieder in einer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Normallage befinden. Trotz unserer Erfolge bei der Krisenbewältigung in den vergangenen Jahren stehen wir immer noch vor enormen Herausforderungen.

- Die Inflation ist nach wie vor hoch. Gerade bei den Gütern des täglichen Bedarfs, vor allem bei den Lebensmitteln. Also da, wo die Menschen es direkt in der Haushaltskasse spüren und wenig Spielraum zum Sparen haben.
- Die Energiepreise sind zwar gegenüber den extremen Spitzen im vergangenen Jahr deutlich gesunken, liegen aber im Vergleich zur Vorkrisenzeit immer noch auf einem sehr hohen Niveau.
- Die wirtschaftlichen Aussichten sind insgesamt mit großen Unsicherheiten behaftet.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 29. September 2023 in der 1036. Sitzung des Bundesrates

Und all das hat enorme Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte - auf den Bundeshaushalt, aber auch auf die Haushalte der Länder und Kommunen.

Da ist es sicherlich ein Lichtblick, dass sich der Arbeitsmarkt bislang als recht robust erweist. Wobei man aber - einerseits - auch dort eine große regionale Spreizung beobachten kann und - andererseits - die Herausforderungen der ökologisch-sozialen Transformation gerade auch die Beschäftigten treffen.

Viele fragen sich, ob ihr Arbeitsplatz die Transformation überstehen wird oder sorgen sich, ob sie selbst in der Transformation bestehen können.

Wir haben große Anstrengungen vor uns, um die Menschen zu qualifizieren, um sie fit zu machen für die Anforderungen der Zukunft.

Und es gibt Sorgen bei denen, die schon jetzt knapp bei Kasse sind. Die froh sind, wenn sie am Monatsende über die Runden kommen, die vielleicht erst vor Kurzem auf der Flucht vor Krieg und Elend zu uns gekommen sind und die sich nichts sehnlicher wünschen, als sich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren und wieder für sich selber sorgen zu können.

Vor diesem Hintergrund finde ich es goldrichtig, dass sich die Bundesregierung und insbesondere Bundesminister Hubertus Heil dafür entschieden haben, von Einschränkungen individueller Leistungsansprüche bedürftiger Menschen abzusehen.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 29. September 2023 in der 1036. Sitzung des Bundesrates

Umso bedauerlicher ist es aber, meine Damen und Herren, - und das kommt ja auch in der Stellungnahme der Länder zum Entwurf des Haushaltsfinanzierungsgesetzes zum Ausdruck – umso bedauerlicher ist es, dass es im Zusammenhang mit Mittelkürzungen zu einem Rechtskreiswechsel bei der Betreuung der unter 25-Jährigen kommen soll. Dadurch würden gut etablierte Strukturen wie wir sie zum Beispiel mit unseren Jugendberufsagenturen haben, in ihrer Arbeit schwer beeinträchtigt.

Das ist zumindest nach dem vorliegenden Entwurf zu befürchten

Meine Damen und Herren,

Ich **würde** mich sehr freuen, wenn sich die gestrigen Berichte bestätigten und die Bundesregierung die geplanten Maßnahmen tatsächlich noch einmal überdenken würde.

Andernfalls wird sich nämlich der angestrebte Vorrang für Qualifizierung und Weiterbildung in der Praxis schwerlich halten lassen. Diesen Vorrang brauchen wir aber, um angesichts der Herausforderungen der Transformation möglichst vielen Menschen neue Chancen auf langfristige und gute Beschäftigung zu eröffnen.

Die vorgesehenen Kürzungsmaßnahmen träfen insbesondere Regionen mit ohnehin schwieriger Arbeitsmarktsituation – und damit spreche ich nicht nur für das Land Bremen. Es muss verhindert werden, dass ausgerechnet dort die Spielräume für aktive Arbeitsmarktpolitik eingeengt werden.

Das betrifft die Angebote zur beruflichen Weiterbildung, die Maßnahmen zur Aktivierung und zur beruflichen Eingliederung sowie die Beschäftigungsmaßnahmen gleichermaßen.



Rede von
Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte
am 29. September 2023 in der 1036. Sitzung des Bundesrates

Vielen arbeitssuchenden Menschen würde damit ein schlechteres
Betreuungsangebot, ein längeres Verharren in Arbeitslosigkeit sowie eine
Verfestigung ihrer individuellen Problemlage drohen.

Mit der Folge, dass wir letztlich keinen einzigen Euro sparen, sondern unter dem
Strich sogar mehr ausgeben müssten, um die sozialen Folgen zu bekämpfen. Das
wäre dann ein klassisches Eigentor, würde ich sagen!

Es wäre deshalb gut, wenn die Bundesregierung hier einlenken würde und wir
feststellen könnten, dass die Kraft der Argumente dazu geführt hat, an dieser
wichtigen Stelle die ursprünglichen Pläne zu korrigieren.

Das wäre, wie es gestern ja auch hieß, "ein gutes Beispiel lernender Politik".

Herzlichen Dank!